

Es gilt das gesprochene Wort!

Statement

Dieter Philipp

**Präsident des Zentralverbandes
des Deutschen Handwerks (ZDH)**

**anlässlich der Pressekonferenz
am 21. Januar 2003 um 10 Uhr
im Haus des Handwerks in Berlin**

Es ist nicht neu, wenn ich feststelle, dass die hohen Steuer- und Abgabenlasten auf Arbeit die Wachstumsbremse Nummer 1 in Deutschland sind; dass sie Beschäftigung verhindern; dass sie insbesondere die Leistungskraft der beschäftigungsintensiven kleinen und mittleren Unternehmen hemmen.

Neu und deshalb für mich heute bemerkenswert ist jedoch, dass inzwischen auch seitens der Gewerkschaften – namentlich von DGB-Chef Michael Sommer - der Zusammenhang zwischen Lohnzusatzkosten, Wachstum und Beschäftigung anerkannt wird; dass seitens der Gewerkschaften insbesondere die überproportionale Belastung der beschäftigungsintensiven Betriebe des Mittelstandes zum Thema gemacht wird. Eine spürbare Absenkung der Kosten auf Arbeit würde in der Tat Investitionen und Wachstum ankurbeln und damit zu neuen Arbeitsplätzen beitragen. Gleichzeitig würde sie sich positiv auf den Abbau der Schwarzarbeit auswirken. So ist denn auch die von Herrn Sommer genannte Zielmarke eines Gesamtsozialversicherungsbeitrags von unter 40 Prozent eine alte Forderung des Handwerks.

Allerdings ist die von ihm ins Gespräch gebrachte Problemlösung bei weitem zu kurz gesprungen, zum Teil sogar kontraproduktiv. Es macht keinen Sinn, die Lasten der sozialen Sicherungssysteme lediglich umzufinanzieren, nach dem Muster „linke Tasche – rechte Tasche“, von den Sozialbeiträgen zu den steuerfinanzierten Haushalten. Ein solcher Verschiebebahnhof würde den notwendigen Druck nehmen für nachhaltige Reformen in den sozialen Sicherungssystemen – wie z.B. geschehen durch die Ökosteuer. Trotz insgesamt 60 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen sind die Beiträge zur Rentenversicherung nicht wirklich gesunken, noch ist eine Anhebung zu vermeiden.

Und deshalb brauchen wir Reformen, die leistungsseitig abzielen auf eine Grundversicherung, ergänzt durch den kräftigen Aufbau einer individuellen Eigenvorsorge.

Richtig ist allerdings der Hinweis von Herrn Sommer auf die versicherungsfremden Leistungen, also auf die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, die systemwidrig über die Beiträge der Sozialversicherungen finanziert werden. Auch wir haben immer wieder deutlich gemacht, dass diese Finanzierung der falsche Weg ist und dass sie insbesondere die beschäftigungsintensiven Wirtschaftsbereiche überproportional belastet und damit Beschäftigung hemmt.

Wir schlagen vor:

- Erstens müssen wir Übereinstimmung in der Bestandsaufnahme und Bewertung erzielen. Welche gesamtgesellschaftlichen Aufgaben werden als versicherungsfremde Leistungen heute systemwidrig durch Beiträge zu den Sozialversicherungen finanziert und wie hoch ist das Volumen?
- Zweitens müssen wir die Grundsatzfrage stellen und beantworten, welche dieser Leistungen auch künftig sinnvoll sind und erbracht werden sollten.
- Und drittens müssen wir Finanzierungsgrundlagen für diese Leistungen suchen. Das kann dann unter Umständen auch eine Umfinanzierung über die steuerfinanzierten Haushalte sein, sofern diese Umfinanzierung verbunden ist mit Einsparungen bei anderen konsumtiven öffentlichen Ausgaben.

Diese Fragen gehören aus unserer Sicht nach wie vor auf die Agenda eines Bündnisses für Arbeit. Denn dieses Bündnis ist nur sinnvoll, wenn dort ohne Tabus alle Themen auf den Tisch kommen, die im Zusammenhang stehen mit Wachstum und Beschäftigung. Wir begrüßen im Übrigen die Initiative des Bundeskanzlers, die Gespräche in neuer und verbesserter Form wieder aufzulegen. Sie sollten nun so schnell wie möglich und mit klaren Zeit- und Zielvorgaben anlaufen. Die Probleme drängen; wir dürfen keine Zeit verlieren.

Das gilt gerade auch deshalb, weil derzeit reelle Chancen für Fortschritte und konkrete Ergebnisse bestehen können. Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit hat mit seiner "Offensive für den Mittelstand" und seinen Überlegungen zum Abbau von Einstellungshemmnissen durch einen flexibleren Kündigungsschutz für Betriebe ab sechs Beschäftigte bereits Akzente gesetzt, die zur Hoffnung berechtigen. Das haben wir gestern im Rahmen des BDA-Präsidiums auch dem Bundeskanzler deutlich gemacht. Aus unserer Sicht wäre aber eine Anhebung des Schwellenwertes, etwa auf 20 Beschäftigte nötig, durchaus auch befristet auf 7 Jahre, um zu sehen, ob und wie sich dieser Schwellenwert bewährt.

In der "Wiesbadener Erklärung" sehen wir auch ein Signal, dass die SPD nun offenbar gewillt ist, sich stärker auf den Mittelstand zu fokussieren. Sie könnte auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in vier für das Handwerk elementaren Bereichen zielen:

- durch eine Offensive für den Mittelstand;
- durch höhere öffentliche Investitionen, die gerade für die ortsansässigen Betriebe von Bedeutung sind;
- durch den Abbau von Bürokratie, der für das Handwerk eine wichtige - und schnell umsetzbare - vertrauensbildende Maßnahme darstellen würde;
- durch eine mittelfristige Reduzierung der Steuer- und Abgabenlast auf 40 Prozent.

Aber – und das sage ich in aller Klarheit - den vielfältigen Ankündigungen müssen nun rasch Taten folgen. Es darf sich nicht noch einmal wiederholen, dass die Bundesregierung zahlreiche Reformvorhaben angekündigt -, dass jedoch wie in der letzten Legislaturperiode wenig geschieht. Deshalb herrscht in der Wirtschaft und bei den Verbrauchern nach wie vor Skepsis. Erst wenn der Ankündigungspolitik gesetzliche Maßnahmen folgen, kann sich diese Skepsis in Hoffnung und Optimismus wandeln!

Die Lösung der Probleme ist – auch das sage ich ganz deutlich – nicht mit dem Anstoßen einer Gründerwelle für Kleinunternehmen zu bewältigen. Die Sicherung bestehender Betriebe und ihrer Arbeitsplätze muss Vorrang haben. Beides – Existenzgründungen und Bestandssicherung – wird am besten durch eine mittelstandsfördernde Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik insgesamt erreicht. Das muss unser Maßstab sein, nicht Sonderregelungen.

Bei allen aktuell diskutierten Maßnahmen für Gründer und Kleinunternehmen sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass die eigentlichen Probleme für bestehende und sicher auch zukünftige kleine und mittlere Unternehmen die geringe Eigenkapitalbasis und eine oftmals unzureichende Liquiditätsausstattung sind. Unsere Betriebe müssen Erträge erwirtschaften und für Investitionen behalten dürfen. Hier muss die Steuerpolitik Maßnahmen ergreifen. Die von der Bundesregierung im Rahmen des sogenannten Steuervergünstigungsabbaugesetzes geplanten Maßnahmen bewirken jedoch das Gegenteil.

Handwerk geht auf die Straße

Grundsätzlich gilt: Ohne stimulierende Impulse, vor allem aber ohne eine grundlegende auf den Mittelstand ausgerichtete Reformpolitik wird es nicht gelingen, Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen und die dramatische Talfahrt am Binnenmarkt zu beenden.

Fast 5 Prozent Umsatzrückgang musste allein das Handwerk im letzten Jahr verzeichnen. In der Folge gingen rund 300.000 Arbeitsplätze verloren, eine halbe Million in den letzten zwei Jahren. Das sind die offiziellen Zahlen des statistischen Bundesamtes, aber eben nicht nur statistische Größen. Jeder Handwerksunternehmer und auch jeder Mitarbeiter in unseren Betrieben spürt diese Entwicklung hautnah.

Damit nicht genug: Bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern steht in diesen Tagen einmal mehr ein kräftiges Minus in der Netto-Spalte bei der Lohn- und Gehaltsabrechnung. Entsprechend ist die Stimmungslage. Die Gespräche in den Gremien der Handwerksorganisationen vor Ort, auf Landes- und auf Bundesebene, die Gespräche auf den Baustellen und in den Werkstätten signalisieren Verbitterung und Resignation.

Ärmel hochkrempeln, tatkräftig anpacken und nicht lamentieren, das ist eigentlich das Naturell von Handwerkern und Mittelständlern, das ist ihre Antwort auf Krisensituationen. Aber für viele ist jetzt nach mehreren Jahren hausgemachter Binnenmarkt-Rezession die Schmerzgrenze überschritten. Und deshalb wollen sie bundesweit auf die Straßen gehen. Das ist einmalig im Handwerk in der Geschichte der Bundesrepublik!

Flächendeckend in neun deutschen Großstädten werden für die Zeit vom 24. Januar bis 10. Februar Kundgebungen, Protestmärsche und Aktionstage vorbereitet - in Schwerin, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Leipzig, Erfurt, Stuttgart und in München. In vielen Städten, Gemeinden und Kreisen haben Handwerker darüber

hinaus ihre örtlichen Abgeordneten eingeladen, um ihnen mit versammelter Belegschaft in aller Deutlichkeit den Ernst der Lage mitzuteilen.

Abgerundet und ergänzt werden diese Aktionen am 10. Februar durch eine zentrale Kundgebung in Berlin, einen Demonstrationmarsch und Autokorso, die im Tempodrom am Anhalter Bahnhof enden. Hierzu haben Abordnungen von Handwerksorganisationen aus dem ganzen Bundesgebiet ihr Kommen angekündigt. Vor allem aber werden hier Handwerker aus Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt auf die Straße gehen. Zum Gespräch ins Tempodrom haben wir den Bundeswirtschafts- und Arbeitsminister eingeladen. Und – Respekt – Herr Clement hat zugesagt, sich dem Protest der Handwerker und unseren Fragen zu stellen.

Unserer Initiative wollen sich auch Vertreter aus anderen Bereichen der mittelständischen Wirtschaft anschließen: aus dem Handel, der Gastronomie, zum Teil auch der Bauindustrie, der mittelständische Industrie und der freien Berufe.

Als Kommunikationsplattform für die Teilnehmer an den Aktionen und für alle Interessierten haben wir die Web-Site **www.handwerker-demo.de** eingerichtet. Dort werden zur Zeit täglich alle neuen Nachrichten in Sachen Demos eingestellt: Hinweise auf die einzelnen Aktionen, auf den geplanten Ablauf der Veranstaltungen, auf Versammlungsorte, Anreisemöglichkeiten, die Aufrufe der Organisationen und Partner zur Teilnahme bis hin zu Slogans und Logos zum Herunterladen. Wir möchten insbesondere auch die Presse auf dieses Informationsangebot hinweisen und würden uns über eine intensive publizistische Begleitung freuen.

Das Handwerk will mit allen politischen und gesellschaftlichen Kräften zusammenarbeiten, um schnellstmöglich das konjunkturelle Tief zu verlassen. Wir setzen darauf, dass den Ankündigungen auch Taten folgen und dass der Weg einer zielgerichteten Gesetzgebung – wie bei Hartz II – fortgesetzt wird.